

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Sie über einige Themen dieser Sitzungswoche im Deutschen Bundestag informieren. Ich möchte Ihnen einen Überblick über den Etatentwurf des Deutschen Bundestages für das Jahr 2012 geben, der in der vergangenen Woche in erster Lesung in den Bundestag eingebracht wurde. Auch möchte ich Sie über die Aufgaben des Euro-Rettungsschirms informieren, der derzeit sowohl in der Politik als auch in der Öffentlichkeit heftig diskutiert wird. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Bundeshaushalt 2012](#)
2. [Euro-Rettungsschirm](#)
3. [Relevantes für Mannheim und die Region](#)



1. Bundeshaushalt 2012

In der vergangenen Sitzungswoche wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen in erster Lesung der Bundeshaushalt für das Jahr 2012 debattiert. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble stellte den Entwurf vor. Das Ausgabenvolumen für das kommende Jahr beträgt 306 Milliarden Euro. Diese Ausgaben werden durch Steuereinnahmen von 247,5 Milliarden Euro, sonstige Einnahmen von 31,5 Milliarden Euro und die Nettokreditaufnahme gegenfinanziert. Die Nettokreditaufnahme liegt mit 27,2 Milliarden Euro rund 13 Milliarden Euro unter den Annahmen des bisherigen Finanzplans und soll von 2011 bis 2013 um rund 90 Mrd. Euro gegenüber der letzten Planung reduziert werden.

Im Mittelpunkt steht die Umsetzung der Vorgaben der Schuldenbremse. Demnach soll die Neuverschuldung in den kommenden Jahren mehr als halbiert werden. Bis 2016 darf das strukturelle Defizit des Bundes höchstens 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts betragen. Die Haushaltskonsolidierung wird weiter vorgebracht.

Der Etatentwurf bildet die politischen Schwerpunkte der christlich-liberalen Koalition für die kommenden Jahre ab. Mit einem Ausgabevolumen von 126,59 Milliarden Euro (2011: 131,29 Milliarden) ist der Etat für Arbeit und Soziales (Einzelplan 11) mit Abstand der größte Posten im Bundeshaushalt 2012. Wie auch in den vergangenen Jahren wird rund die Hälfte aller Ausgaben für die soziale Sicherung veranschlagt. Insgesamt sind im Jahr 2012 81,76 Milliarden Euro (2011: 80,34 Milliarden Euro) für die Finanzierung der Rentenversicherung vorgesehen, die Ausgaben für den Arbeitsmarkt belaufen sich auf rund 40 Milliarden Euro. Für den Zeitraum 2010 bis 2013 stellt der Bund hierfür zusätzlich zwölf Millionen Euro zur Verfügung. Die Investitionen für die Straße, Schiene und Wasserwege wurden auf rund zehn Millionen Euro festgesetzt. Damit bildet der Einzelplan des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung den größten Investitionshaushalt des Bundes. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Bereich Bildung und Forschung. Auch die Kosten für die Energiewende, die im Sommer dieses Jahres beschlossen wurde, werden im Bundeshaushalt 2012 berücksichtigt.

Die absehbaren Belastungen Deutschlands durch seine Beteiligung am europäischen Stabilitätsmechanismus ESM werden in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes ebenfalls berücksichtigt. Der Schirm soll effektiv 500 Milliarden Euro zur Verfügung haben, um für den Notfall ein tragfähiges Rettungsnetz aufspannen zu können. Deutschland wird sich mit knapp 22 Milliarden auch an den 80 Milliarden Euro umfassenden direkten Einlagen in den ESM beteiligen. Um die Belastung des öffentlichen Haushaltes gering zu halten, erfolgt die Einzahlung ab 2013 in fünf gleichen Raten.

2. Euro-Rettungsschirm

Mit der Schaffung der „Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität“ EFSF versucht die europäische Gemeinschaft, eine Ausweitung der Griechenland-Krise auf die Nachbarländer abzumildern. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden am 29. September 2011 über diesen sogenannten „Euro-Rettungsschirm“ abstimmen. Dieses Instrument wurde im Frühjahr 2010 geschaffen, um die Situation an den Finanzmärkten zu entschärfen. Die EFSF soll Mitgliedstaaten der Eurozone, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind, finanziell unter die Arme greifen. Damit soll verhindert werden, dass die Staaten zahlungsunfähig werden. Dafür gibt die ESFS Anleihen an den Finanzmärkten aus, die von den Mitgliedsstaaten garantiert werden. Die EFSF kann derzeit Kredite bis zu einer Höhe von maximal 440 Milliarden Euro vergeben. Die Kredite der EFSF sind an strenge Bedingungen geknüpft. Der Euro-Rettungsschirm darf nur aufgespannt werden, wenn die Notlage eines Landes die Stabilität der gesamten Eurozone gefährden kann. Bislang war dies bei den Euro-Mitgliedstaaten Irland und Portugal der Fall. Um die Garantien der anderen Mitgliedstaaten zu erhalten mussten Irland und Portugal wirtschafts- und finanzpolitische Reformen durchführen und den Staatshaushalt sanieren. Die Umsetzung der Reformen wird von Experten überwacht.

Um den Kreditrahmen von 440 Milliarden ausschöpfen zu können, muss die ESFS die Anleihen nominell übersichern und mehr garantieren als sie ausgeben kann. Derzeit wird über eine Aufstockung der Kreditgarantien für den Rettungsschirm EFSF auf rund 780 Milliarden Euro debattiert. Nach einem gemeinsam vorgelegten Gesetzentwurf von CDU/CSU und FDP soll der deutsche Anteil an Kreditbürgschaften für überschuldete Euro-Mitgliedstaaten von bisher 123 Milliarden auf 211 Milliarden Euro steigen.

Da es sich bei der EFSF um eine in sehr kurzer Zeit geschaffene Institution handelt, wird sie am 30. Juni 2013 durch einen dauerhaften Rettungsmechanismus, den sogenannten „Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus“ (ESM) übernommen. Deutschland übernimmt einen Teil von rund 123 Milliarden Euro der Garantien. Dieser Beitrag bemisst sich nach dem Kapitalanteil der Bundesrepublik Deutschland an der Europäischen Zentralbank, der bei rund 21 % liegt.

Das Haushaltsrecht gilt als das Königsrecht des Parlaments. Daher haben die Koalitionsfraktionen einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem der Bundestag allen grundsätzlichen Entscheidungen im Rahmen der EFSF zustimmen muss. In operativen Fragen ist der Haushaltsausschuss zuständig.

3. Relevantes für Mannheim und die Region

Bund veräußert ehemalige Luftschutzbunker in Mannheim an Meistbietenden

Auf meine Anfrage hin teilte mir die zuständige Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit, die fünf bundeseigenen ehemaligen Luftschutzbunker in Mannheim endgültig verwerten zu wollen. Ziel sei, nicht betriebsnotwendige Immobilien des Bundes wirtschaftlich zu veräußern. Um den Marktwert der ehemaligen Luftschutzbunker zu ermitteln sei vorgesehen, die fünf Bunker in einem Bieterverfahren zum Meistgebot zu veräußern. Die Hochbunker in der Meerfeldstraße, der Steubenstraße und der Böcklinstraße sollen nach Angaben der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben voraussichtlich Ende 2012/Anfang 2013 veräußert werden. Der Hochbunker in der Durlacher Straße sowie der Tiefbunker in der Hochuferstraße werden bereits Mitte/Ende 2012 zum Verkauf anstehen.

Institut für Deutsche Sprache Mannheim erhält Fördermittel vom Bund

Im Rahmen einer Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Förderung der Forschungsinfrastruktur erhält das Institut für Deutsche Sprache in Mannheim (IDS) eine Zuwendung vom Bund in Höhe von 326.877 Euro. Dies teilte die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Annette Schavan, mir mit. Zur Förderung einer zumeist fachgebietsorientierten Infrastruktur sieht das Projekt den Aufbau von Service- und Kompetenzzentren vor, die bereits aufbereitete Forschungsressourcen und Dienste zur Verfügung stellen sollen. Im Rahmen der Initiative wird auch am Institut für Deutsche Sprache in Mannheim eine Organisationseinheit Forschungsinfrastruktur eingerichtet. Hierdurch soll zunächst sichergestellt werden, dass das IDS weiterhin seinem Auftrag, der Erforschung der deutschen Sprache, gerecht werden kann. Insbesondere soll jedoch ermöglicht werden, dass dessen Forschungsergebnisse und wertvolle Sprachressourcen – unter Wahrung insbesondere der juristischen Rahmenbedingungen – der Forschung weltweit zur Verfügung stehen. Die Projektlaufzeit begann am 01. September 2011 und endet am 31. August 2013.

Bundesfreiwilligendienst startet erfolgreich

Der Bundesfreiwilligendienst hat in den ersten beiden Monaten seines Bestehens alle Erwartungen übertroffen. Dies teilte der Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Josef Hecken, mir mit. Bisher wurden mehr als 12.000 Freiwillige in den Bundesfreiwilligendienst vermittelt, teilte Staatssekretär Hecken mit.

Somit sei die Aussetzung des Zivildienstes durch die Freiwilligendienste aufgefangen worden. Besonders erfreulich sei die Zahl der älteren Freiwilligen. So würden mehr als 20 % der Verträge mit über 27-Jährigen geschlossen. Ich möchte den Mannheimer Trägern und Verbänden für ihr großes Engagement danken, mit dem sie die Herausforderungen rund um die Aussetzung des Zivildienstes bewältigt haben. Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei allen Freiwilligen, die den Bundesfreiwilligendienst mit Leben gefüllt und bereits in den ersten Monaten zu einem so großen Erfolg gemacht haben.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227 – 722 91
E-Mail: egon.juettner@bundestag.de
Internet: www.egon-juettner.de